

30. Abgeordneter
Dr. Carsten Sieling
(SPD)
- Mit welchem konkreten Umsetzungszeitplan rechnet die Bundesregierung für die Umsetzung der im Zuge der Verhandlungen zum europäischen Fiskalpakt getroffenen Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, bezüglich der Emission gemeinsamer Anleihen von Bund und Ländern?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 31. Januar 2013

Zwischen den Kreditreferenten des Bundes und der Länder ist vereinbart worden, die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH mit der Vorbereitung der Begebung einer gemeinsamen Bund-Länder-Anleihe im Jahr 2013 zu beauftragen. Es ist beabsichtigt, diese Emission im Konsortialverfahren je nach Marktlage um die Jahresmitte herum durchzuführen.

Die Länder Niedersachsen, Bayern und Sachsen haben zwischenzeitlich bekundet, sich nicht an der Emission beteiligen zu wollen. Aufgrund der hier vorliegenden Interessenbekundungen der übrigen Bundesländer gibt es keine Veranlassung zu der Annahme, dass aus Sicht der Länder zwischen den laufenden Planungen und den Verhandlungsergebnissen zum europäischen Fiskalpakt Differenzen bestehen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

31. Abgeordneter
Klaus Barthel
(SPD)
- Kann die Bundesregierung über Art und Umfang der Waffen Angaben machen, die womöglich aus deutscher Produktion und deutschen Rüstungsexporten über Umwege nach Mali gelangt sind, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung dahingehend für die Praxis des „Endverbleibs“ als Kriterium für die Genehmigung von Rüstungsexporten?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ernst Burgbacher vom 30. Januar 2013

Die Bundesregierung hat über die ihr vorliegenden Erkenntnisse zur Bewaffnung der Aufständischen in Mali in den Antworten zu Ihren Schriftlichen Fragen 1 und 2 auf Bundestagsdrucksache 17/12161 berichtet. Darüber hinausgehende Informationen liegen der Bundesregierung auch weiterhin nicht vor. Die Frage, ob Waffen aus deutschen Rüstungsexporten nach Mali gelangt sind, ist somit rein spekulativ. Dementsprechend besteht auch keine Veranlassung dazu, auf dieser Basis mögliche Schlussfolgerungen für das Genehmigungsver-

fahren für Rüstungsexporte zu ziehen. Im Übrigen ist der Endverbleib von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Empfängerland kein Kriterium, sondern Voraussetzung für eine Genehmigung entsprechend des Abschnitts IV der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern.

32. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welche Jahre wurden dem Golfclub Johannesthal e. V./Johannesthaler Hof eine Teilbefreiung von den Stromnetzentgelten nach § 19 Absatz 2 Satz 1 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) durch die Bundesnetzagentur genehmigt, und ab welchem Jahr muss der Golfclub die Lastverschiebung von 100 Kilowatt nachweisen, um weiterhin in den Genuss der Teilbefreiung zu kommen?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 28. Januar 2013**

Nach Angaben der Bundesnetzagentur wurde die Vereinbarung eines individuellen Netzentgeltes gemäß § 19 Absatz 2 Satz 1 StromNEV mit Beschluss der Bundesnetzagentur vom 8. Oktober 2012 für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2011 unbefristet genehmigt. Nach Auskunft der Bundesnetzagentur beabsichtigt diese, unbefristet erteilte Genehmigungen vor dem Hintergrund der Festlegung vom 5. Dezember 2012 zu widerrufen. Dabei sind berechnete Vertrauensschutzaspekte zu berücksichtigen. Nach Angaben der Bundesnetzagentur muss der Golfclub ab dem Jahr 2015 die 100 Kilowatt-Lastverlagerung nachweisen.

33. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die Anwerbung von 100 jungen Vietnamesen im Bereich der Altenpflege (vgl. Meldung der Katholischen Nachrichten-Agentur GmbH vom 11. Dezember 2012), während gleichzeitig die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Stärkung der Gesundheitssysteme im ländlichen Raum unter anderem mit Trainingskursen für Gesundheitspersonal in 26 Krankenhäusern unterstützt, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass der Gesundheitsbereich in Vietnam nicht durch eine aktive Einwanderungspolitik Deutschlands untergraben wird und im Einklang mit dem Verhaltenskodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die grenzüberschreitende Anwerbung von Gesundheitsfachkräften steht?